

DEISENKONTROLLEN ?

von Thomas Göhler, 2.2010

Die Gefahr von Staatsbankrotten häufen sich, gerade wurde Griechenland per politischer Garantie zunächst bis zum Frühling „gerettet“, Portugal und Spanien stehen aber schon Schlinge und die Furcht der Anleger Vermögen zu verlieren wird auch durch Warnungen vor Devisenkontrollen weiter geschürt. Grundsätzlich sei gesagt, gab es diese und wird es zum Schutz einer Währung auch wieder geben können. Es fragt sich nur, wer ist wann und wie davon betroffen?

Wollen wir uns dies mal genauer ansehen und anhand der Geschichte, der gesetzlichen Regelungen und Ziele betrachten:

Hintergründe und Verordnungen

Eine Devisenkontrolle findet man innerhalb einer Devisenzwangswirtschaft und meint die Überwachung aller Devisentransaktionen. Auch andere entsprechende Maßnahmen sollen bei der Devisenkontrolle dazu dienen, beispielsweise **unerwünschte** Devisenabflüsse **ins Ausland** zu verhindern oder einen zu **hohen Devisenbestand** und – Handel **im Land** zu vermeiden. Es geht hier also primär um das Verhindern der Kapitalflucht und nicht um die Einschränkung des bilateralen Wirtschaftsverkehrs!

Andererseits aber ging eine Initiative der Devisenkontrollen im Jahr 2003 von EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Pedro Solbes davon aus, auf diese Weise einen weiteren Anstieg des Euro zum Dollar zu verhindern. (Man beachte: nicht den Verfall des Euro).

Das EU-Rechtssystem sieht die Gewährleistung des **freien Waren- und Kapitalverkehrs** innerhalb der Gemeinschaft sowie im Handel mit Drittstaaten vor. Dennoch hatten die Mitarbeiter von Solbes eine Lücke in den EG-Verträgen aufgetan, um den Devisenhandel einschränken zu können. So sei in den Artikeln 119 und 120 festgelegt, dass es die Möglichkeit «**quantitativer Schutzmaßnahmen**» **gegen Drittstaaten** gebe, wenn der freie Kapitalverkehr zu verschärften **wirtschaftlichen Schwierigkeiten** in den Mitgliedsländern führt. Brüssel sieht solche Maßnahmen anscheinend als letztes Mittel gegen unerwünschte Währungsschwankungen und Spekulationen. Man erinnere sich an Georges Soros Spekulation gegen das britische Pfund.

Artikel 59 der EG-Verträge erlaube zudem restriktive Maßnahmen gegen **Kapitalbewegungen**, die das Bestehen der Wirtschafts- und Währungsunion gefährden. Sie können demnach bis zu sechs Monaten aufrecht erhalten werden.

Geschichtsunterricht

Schauen wir zurück in die Geschichte:

1. Deutsches Reich

Die Seite www.nonvaleurs.de schreibt im Artikel zur diesbezüglichen Konversionskasse folgendes:

„Deutschland hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber dem Ausland hoch verschuldet. Dies war eine Folge der Reparationen, der Inflation und der Weltwirtschaftskrise. Ständiger Devisenmangel bei der Bedienung der Auslandsschuld führte 1931 zur Wiedereinführung der Devisenbewirtschaftung. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Devisenbewirtschaftung ab 1933 durch ein Transfer-Moratorium weiter verschärft. Durch zusätzliche Devisenkontrollen und die Einschränkung der Unabhängigkeit der Reichsbank gelang es den Machthabern des "Dritten Reiches", den Kurs der "Binnenwährung Reichsmark" gegenüber Fremdwährungen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in seiner amtlichen Notierung stabil zu halten und so den Schein einer wertbeständigen Währung zu wahren.“

Darum ging es also früher wie heute, den **Schein einer stabilen Währung** so lange wie möglich zu wahren. Geht das nicht mehr, ist die Währung schlagartig wertlos (hier 1948 mit der Währungsreform).

Man zwingt also die Marktteilnehmer durch Abschneiden der Fluchtmöglichkeit, die Währung weiterhin zu benutzen, was logischerweise eine Zwangsnachfrage des faulenden Papiers erzeugt.

Fahren wir fort, fort...

2. USA

Der *Spiegel* 47/1968 schrieb:

„Um seinen Freunden vom Big Business zu gefallen, hat Nixon den Abbau jener strengen Devisenkontrollen gefordert, die es amerikanischen Unternehmern seit Jahresanfang untersagen, in unbeschränktem Umfang ausländische Unternehmen aufzukaufen. Verwirklicht Nixon sein Programm, so müssen sich Europas Industrielle auf eine neue Dollar-Schwemme und einen weiteren Ausverkauf ihrer Betriebe an die US-Konkurrenz gefaßt machen. Für Nixon selbst hingegen könnte die Lockerung der Devisenkontrollen das Ende seiner Politik der Dollar-Sanierung bedeuten. Denn mit jedem Dollar, den seine Freunde von der US-Großindustrie in Europa investieren, wird auch das Loch in Amerikas Zahlungsbilanz wieder größer.“

Was war passiert? Hervorgerufen durch die damalige US-Verschuldungspolitik u.a. den Vietnamkrieg, Raumfahrtprogramm, stieg die Inflation, im Staatshaushalt klaffte ein Loch von 100 Mrd. DM (1968) und das Zahlungsbilanzdefizit lag 1967 bei 14,4 Mrd. DM.

Das veranlasste Nixon zu der Aussage:

„Es ist ein Skandal was Johnson aus unserem schönen Geld gemacht hat. Kein Zentralbankier drüben in Europa will es mehr haben.“

Daher wurde zur Stützung des damals noch goldgedeckten Dollars neben **protektionistischen Maßnahmen** zur Sicherung der eigenen Wirtschaft ebenso **Devisenbeschränkungen** erwirkt, der Dollar sollte im Inland bleiben, dort investiert werden und für diesen nachfragende Stabilität erzeugen.

Was passierte wissen wir und Nixon- Berater Arthur F. Burns erwähnte es vorab:

"Falls das Zahlungsbilanzdefizit nicht zu beseitigen ist gibt es nur eines: die Abwertung des Dollar"

Es geschah wie folgt: Die Devisenkontrollen wurden aufgehoben, 1971 per Dekret der Dollar vom Goldstandard gelöst, über die Ölkrise 1973 der Ölpreis vervierfacht und die Welt gezwungen, Öl nur noch gegen Dollar zu handeln. Damit saugte der Rohstoff den weiter inflationierenden Dollar auf und die Welt zahlt seitdem das US-Defizit.

Man sieht, die USA gingen einen anderen Weg zur Stabilisierung der Währung mit Hilfe von Devisenkontrollen, indem sie diese aufhoben !!! Sie überschwemmten dafür die Welt mit Dollars und „organisierten“, auch mit militärischer Macht, somit eine enorme Nachfrage.

Es entsteht derzeit der Eindruck, dass mit der Spekulation gegen den Euro durch die angeschlagenen PIIGS- Länder der Dollar als Fluchtwährung aufgebaut wird, was gegenwärtig gelingt, da temporär der Euro fällt.

Dem gegenüber steht nun die Gefahr von Devisenkontrollen aus dem Euroraum in den Dollar. Und gerade schwache Staaten haben keine andere Alternative, als zum Schutz Ihrer Währung derartige Fluchtmöglichkeiten zu unterbinden.

3. Europa

So gerieten im berüchtigten Jahr 1971 Italien und Frankreich eben unter diesen Druck:

„Italien ergriff ‚zeitweilige‘ Maßnahmen gegen, das Einströmen sogenannter ‚heißer‘ oder spekulativer Gelder. Danach können die Banken des Landes die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Eintausch gegen Lire verweigern, falls es sich nicht um **normale Transaktionen** im Warendienstleistungs- und Kapitalverkehr handelt. Die Maßnahmen sollen rückgängig gemacht werden, wenn die Weltwährungskrise beigelegt ist. Auch die französische Regierung hat neue Kontrollmaßnahmen für ausländische Bankeinlagen getroffen.“ (DIE ZEIT, 10.12.1971)

Und recht aktuell berichtete die FAZ am 3.4. 2009 :

„Mit der Ukraine und Kasachstan haben jetzt die ersten unter Kapitalabzug und Abwertung der Landeswährung leidenden Länder in Osteuropa und Zentralasien Devisenkontrollen eingeführt. In der Ukraine müssen Banken die Landeswährung Griwna zu einem festgelegten Dollar-Kurs kaufen, der weit über dem Schwarzmarktpreis liegt. Die Zentralbank hat offenbar die Aufsichtsratsvorsitzenden der wichtigsten Banken einbestellt und gedroht, sie bei Verstößen persönlich haftbar zu machen.“

Diese Länder haben also alle „Erfahrung“. Es zeigt deutlich, um welche Art Kapital es geht, das spekulative und das flüchtige. „**Warendienstleistungskapital**“ ist nicht betroffen.

Die Gefahr von Devisenkontrollen geht also stark von schwächeren Ländern und Währungen aus und gegenüber dem Dollar ist der Euro schwächer, da hinter dem sicher ebenso wertlosem Greenback noch eine „Deckung“ steht, die Militärmacht USA , welche eher den Euro zugunsten Ihrer Währung opfern lässt, sowie auch die jahrzehntelang erschaffene Gewohnheit bei den Marktteilnehmern, dass der Dollar **die** ultimative Weltwährung sei. Da wird es aber bald ein Hauen und Stechen geben.

Gefahrenpotentiale

Jedenfalls sind die USA weiterhin an der Nachfrage nach Dollar interessiert. Wie bei der Spekulation gegen Griechenland wird das sicher gar damit voran getrieben und es ist stark damit zu rechnen, dass man bald kein **Investmentkapital** mehr aus der EU exportieren kann, sei es in steuerlich begünstigte und geschützte US-Ölfelder, Rohstoffe, Aktien, billig werdende US-Immobilien oder Edelmetalle

Aber soweit sind wir derzeit nicht, noch gelingt es den (Geld)Schein zu wahren.

Es wird sicher erst mal der Kapitalverkehr begrenzt und nicht völlig unterbunden werden. Hierbei wird es auch zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsverkehrs Freibeträge geben. Zudem ist es sicher entscheidend, aus welcher Quelle dieses Geld stammt, z.B. aus schon besteuerten Kapitalvermögen oder **besteuerbaren** Einkünften. Kontrolliert oder beschränkt werden dann eher große Milliardenvolumen, Abzüge aus speziellen Fonds, Wertpapieren, Anleihen, Bargeld um einen Kollaps zu verhindern. Kontrolle heißt zudem auch erst mal nicht Verbot. Solche Szenarien sind temporär einige Monate zur Beruhigung der Situation vorgesehen, aber in „einigen Monaten“ kann viel unvorhersehbares geschehen und beschlossen werden!

Gewerbliche Einkünfte aus Betrieben und Beteiligungen haben nicht die relevante Größenordnung das Geldsystem zu gefährden, dies hieße außerdem den Zusammenbruch jeglichen Welthandels, was man ja gerade mit allen Mitteln verhindern will.

Fazit:

Wie im Falle der o.g. EU-Initiative von 2003 oder der USA-Politik sind diese Kontrollen keine zwingende Einbahnstraße. Ein starker Euro schwächt z.B. die Exportwirtschaft und daher dient es auch dem Währungsgleichgewicht. Es kommt aber immer auf die aktuellen Umstände im System an.

Devisenkontrollen betreffen zugleich aber auch große Vermögensumschichtungen wegen Flucht aus der abstürzenden Währung in scheinbar stabilere Währungsräume und Sachwerte. Entscheidend wird auch sein, aus welchem Portfolio das Fluchtvermögen stammt und welches Volumen es hat. Den Wirtschaftsverkehr dienende Zahlungen wie regelmäßige Überweisungen von Rechnungen im Handelsverkehr, Löhne an Auslandsdependancen u.ä. werden von den Kontrollen nur selten betroffen, da dies den freien Wirtschaftsverkehr sofort zusammenbrechen lassen würde. Um den Schein zu wahren, wird man versuchen jedwede die Globalisierung infrage stellende Restriktion schleichend, auf „böses Geld“ begrenzen oder durch Terroranschläge zu begründen versuchen.

Vor frostigen Devisenkontrollen ganz anderer Art warne ich berechtigt schon jahrelang. Bekommt man doch mittlerweile u.a. aus Immobilien – und Schiffsfonds wegen massiver Abwertung kein Devisen mehr heraus. Das Szenario könnte sich demnächst auch auf Bank- und Sparguthaben usw. ausdehnen. Hier liegen die aktuelleren Gefahren. Jedenfalls gilt auch hier: „Der frühe Vogel frisst den Wurm!“

Also bleiben Sie flüssig

Ihr

Thomas Göhler

Dipl.-Ing. Thomas Göhler ist Unternehmer aus Mecklenburg. Er ist über www.erdoelquelle.com zu erreichen. Dieser informelle Beitrag stellt keine Anlageempfehlung dar. Haftungen jedweder Art oder daraus abgeleitete Aktivitäten werden ausgeschlossen.